

Die grüne Mitglieder-Zeitung im Kreis Calw

Herausgeber: Kreisvorstand Calw Bündnis 90 / Die Grünen – Ausgabe: Nr. 1/2023



© Foto: Pressematerial von „Alle Dörfer bleiben“.

Klimaaktivisten und Klimawissenschaft stellen den politischen Kompromiss mit RWE zum Kohleausstieg in Frage. Gerät der Rechtsstaat im Klimanotstand in die Defensive?

Die Presse titelt: „Die grüne Partei hat sich lange als parlamentarischen Arm der Klimabewegung verstanden. Doch die Realpolitik kollidiert mit den Erwartungen der Klimaschützer.“ (Tagesspiegel)

Brief an den Bundes-, Landes und Kreisvorstand

Der Ortsverband Wildberg-Teinachtal hat die Ereignisse in Lützerath zum Anlass genommen für seinen Brief.

„Liebe Mitglieder und Freunde des Ortsverbands Wildberg-Teinachtal!

Wir möchten die Ereignisse rund um Lützerath nicht einfach kommentarlos stehen lassen und werden eine kurze Erklärung zum Thema an den Bundes- und Landesvorstand und in CC an Peter Seimer / MdL, an Tobias Bacherle / MdB und an den Kreisvorstand schicken.

Inhalt

- ⇒ Brief an den Vorstand: Lützerath
Dilemma der Realpolitik
- ⇒ Realpolitik für die Energiewende
- ⇒ Wenn die künstliche Intelligenz das Wort hat!
- ⇒ Vorbereitung der Kommunalwahl
- ⇒ Für Gemeinderäte: Einladung zum Energie-Seminar!

„Hallo Ricarda, Omid, Lena und Pascal!

Das Thema Klimawandel und Energiewende beschäftigt uns Grüne im Moment mehr denn je. Besonders die Vorgänge in Lützerath lassen uns alle nachdenken darüber, wie wir gemeinsam unsere Ziele erreichen wollen.

Wir beziehen uns auf das Statement "5 Antworten zu Lützerath" des Bundesvorstands und ausdrücklich auf die [Rede von Luisa Neubauer](#) auf der Bundesdelegiertenkonferenz am 16. Oktober in Bonn, aber auch auf die Aussagen der Bundesvorsitzenden der Grünen Jugend Sarah-Lee Heinrich beim Interview am 11.1.23 im Morgenmagazin.

Noch können wir unsere Ziele erkennen. Uns ist bewusst, dass in Regierungskoalitionen Kompromisse notwendig und in einer Demokratie auch normal sind. Viele Entscheidungen in der Energiepolitik tragen wir mit, auch wenn diese uns teilweise grenzwertig, weil für den Klimaschutz nicht zielführend erscheinen.

Realpolitik für die Energiewende

Wir fragen uns jedoch auch, warum ein Flüssiggas-terminal innerhalb kürzester Zeit gebaut werden kann und der Bau von Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung im Vergleich dazu viel zu lange dauern.

Die Grünen in der Regierungsverantwortung müssen sich nach Lützerath daher durch eine noch ambitioniertere und stringenter Klimapolitik klarer von den wirklichen Bremsern der Energiewende abgrenzen, auch wenn der Bremser der eigene Koalitionspartner ist.

Bauen wir doch im gleichen Tempo wie ein Flüssiggas-terminal Windenergieanlagen und PV-Anlagen und treten noch deutlicher gegen eine Energiegewinnung durch Braunkohle und gegen Atomstrom auf. Wir wünschen uns außerdem ein sofortiges Tempolimit auf deutschen Straßen! Dafür stehen wir!

*Der Ortsverband Wildberg-Teinachtal vertreten durch die Co-Sprecher Gerald Langer und Siegfried Beck
Die online Stellungnahme unserer Bundespartei findet zu Lützerath ihr [hier](#):*

Der grüne Kompromiss von Lützerath:

Karl-Martin Hentschel

Hallo Ihr Lieben,

Ich habe die Landtagsfraktion NRW beraten und mit meinem Team die Studie „Wie NRW das 1,5-Grad-Ziel einhalten kann“ geschrieben (https://handbuch-klimaschutz.de/assets/pdf/Handbuch-Klimaschutz_NRW.pdf). Da in NRW fast die Hälfte der Emissionen aus Kohle stammt, haben wir den NRW-Grünen ins Stammbuch für die Verhandlungen geschrieben, dass entscheidend der Kohleausstieg 2030 ist (vorher war die Planung 2038). Genau das haben die NRW-Grünen verhandelt!!! Lützerath ist nur ein Symbol. Wenn darum jetzt gekämpft

Coesfeld produziert mehr Strom mit grüner Energie, als es verbraucht – und hat damit die deutschen Langfristziele längst übertroffen

In der Stadt in Nordrhein-Westfalen ist gelungen, was in Deutschland oft scheitert: der Bau von Windparks ohne grössere Konflikte oder gar Klagen und Gerichtsverfahren. Der Grund ist eine umfassende Bürgerbeteiligung. Dadurch hat das Projekt sehr viele Profiteure.

© Neue Zürcher Zeitung NZZ, 11.1.23

Der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien muss vor Ort gegen Widerstände durchgeföhrt werden. Hier entscheidet sich der Kampf gegen die Verstromung von Kohle!

wird, dann freut mich das. Aber: Die NRW-Grünen haben geliefert, obwohl es keine rot-grüne Mehrheit in NRW gibt!

Noch etwas: Ob die Sache umgesetzt wird, hängt nun nicht an Lützerath. Es hängt am Umbau der Fernwärmenetze im Ruhrgebiet. Denn das Ruhrgebiet wird überwiegend mit Braunkohle über Fernwärme geheizt. Um die Kohlekraftwerke abzuschalten, reicht es nicht, sie abzuschalten. Sondern dazu müssen die Häuser und die Leitungen auf Niedrigtemperatursysteme umgestellt werden. Das kostet vermutlich eine Milliarde Euro Investitionen in die Häuser zur Wärmeisolierung, zum Umbau der Heizkörper, zum Umbau der Netze.

Das ist die reale Klimapolitik. Ich wünsche den NRW-Grünen deshalb viel Erfolg auf ihrem Kurs.

Karl-Martin Hentschel ist ein deutscher Politiker (Bündnis 90/Die Grünen). Er war von 2000 bis 2005 und 2006 bis 2009 Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Schleswig-Holstein, ist Mitglied im Bundesvorstand des Vereins Mehr Demokratie e. V. Und auf Bundesebene für die Nichtregierungsorganisation Attac aktiv.

Die Presse zu Greta Thunberg in Lützerath:

„Fridays for Future-Mitbegründerin Greta Thunberg kam im Rahmen der Sendung ebenfalls zu Wort. Will hatte die 20-Jährige vorab in Lützerath interviewt. In dem aufgezeichneten Gespräch kritisierte Thunberg sowohl Deutschland als auch die Grünen scharf: „Deutschland ist historisch gesehen einer der größten weltweiten Umweltverschmutzer. Was in Deutschland passiert, bleibt nicht in Deutschland.“

Zudem positionierte sich die Aktivistin deutlich dagegen, die Causa Lützerath als gelungenen Kompromiss zu betrachten. „Von außen betrachtet, erscheint es seltsam, ein Dorf zu opfern, um die anderen zu retten. Das macht keinen Sinn. Besonders wenn man an die Mengen CO₂ denkt, die ausgestoßen werden, wenn man diese Pläne umsetzt“, machte Thunberg ihren Standpunkt deutlich.“

© Redaktionsnetzwerk Deutschland rnd



Wenn die Künstliche Intelligenz das Wort hat. / Albrecht Martin

In Lützerath hat Friday for Future zum Protest gegen den weiteren Abbau von Braunkohle durch den Konzern RWE protestiert. Und damit gegen die Politik von den Grünen, die diesen Kompromiss ausgehandelt hatten.

Friday for Future hat in Lützerath gegen den weiteren Abbau von Braunkohle durch den Konzern RWE protestiert, weil der Abbau von Braunkohle eine negative Auswirkung auf die Umwelt hat. Der Abbau führt zu einer erhöhten Emission von Treibhausgasen und kann zu Bodenerosion und Verlust von natürlichen Lebensräumen führen. Der Protest richtete sich auch gegen die Politik von den Grünen, die einen Kompromiss ausgehandelt hatten, der den Abbau von Braunkohle ermöglicht. Friday for Future fordert eine schnellere Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und eine Reduzierung der CO₂-Emissionen, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Wie nimmt die Öffentlichkeit solche Konflikte wahr?

Die Wahrnehmung solcher Konflikte durch die Öffentlichkeit kann sehr unterschiedlich sein und hängt von vielen Faktoren ab, wie z.B. der geografischen Lage, der sozioökonomischen Zusammensetzung der Bevölkerung, den Medienberichterstattungen, etc. Einige Menschen können den Abbau von Braunkohle und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Umwelt als problematisch ansehen und die Forderungen von Friday for Future unterstützen. Sie können sich für eine schnellere Energiewende und eine Reduzierung der CO₂-Emissionen aussprechen, um den Klimawandel zu bekämpfen. Andere Menschen können den Braunkohleabbau als wichtigen Wirtschaftsfaktor und Arbeitsplatzsicherung

Diesen Dialog habe ich mit der Künstlichen Intelligenz namens „ChatGPT“ geführt.

Das Computer-Modell namens ChatGPT wurde trainiert, um sich in Form von Fragen und Antworten mit einem "Gesprächspartner" zu unterhalten.

"Das Dialogformat ermöglicht es ChatGPT, Folgefragen zu beantworten, Fehler zuzugeben und unangemessene Anfragen zurückzuweisen.", schreibt der Hersteller.

ChatGPT ist ein Modell der Künstlichen Intelligenz und funktioniert dank der Programmierung von neuronalen Netzwerken. Mathematische Modelle orientieren sich an der Funktionsweise des menschlichen Gehirns. Das Training dieser Art wird auch Deep Learning genannt.

Die Anwendungsmöglichkeiten von ChatGPT sind sehr vielfältig und werden auch sehr kritisch diskutiert. **In Wikipedia steht dazu:**

OpenAI ist ein US-amerikanisches Unternehmen, das sich mit der Erforschung von künstlicher Intelligenz (KI, englisch *Artificial Intelligence, AI*) beschäftigt.

Zentrale Geldgeber der Organisation sind der Unternehmer Elon Musk sowie das Unternehmen Microsoft.

Das Ziel von OpenAI ist, künstliche Intelligenz auf [Open-Source](#)-Basis auf eine Art und Weise zu entwickeln und zu vermarkten, dass sie der Gesellschaft Vorteile bringt und nicht schadet. Die Organisation ermöglicht eine „freie Zusammenarbeit“ mit anderen Institutionen und Forschern, indem sie ihre Patente und Forschungsergebnisse für die Öffentlichkeit zugänglich macht.¹ Die Firma ist mit über 1 Milliarde USD von Spenden finanziert.

OpenAI beschäftigt sich mit der Frage der „existenziellen Bedrohung durch künstliche Intelligenz“ – also dem möglichen Übertreffen und Ersetzen der menschlichen durch künstliche Intelligenz (KI). Die Organisation dient bis jetzt nur der Erforschung künstlicher Intelligenz.

ansehen. Sie können die Argumente der Grünen, die einen Kompromiss aushandeln wollen, verstehen und unterstützen. Es gibt auch Menschen die sich neutral verhalten und sagen, dass es notwendig ist die Umwelt zu schützen und gleichzeitig die Wirtschaft und Arbeitsplätze zu erhalten. Letztendlich hängt die Wahrnehmung von solchen Konflikten stark von der individuellen Perspektive und den persönlichen Werten und Überzeugungen der betroffenen Personen ab.

Was sollten Die Grünen jetzt am besten tun?

Es ist schwer zu sagen, was die Grünen genau tun sollten, da es viele Faktoren zu berücksichtigen gibt und es keine einfache Lösung gibt. Allerdings könnten die Grünen in Betracht ziehen, die folgenden Schritte zu unternehmen: **Transparenz und Kommunikation:** Die Grünen sollten offen und ehrlich über ihre Entscheidungen und Pläne informieren und die Bevölkerung in die Diskussion einbeziehen. **Suche nach Alternativen:** Die Grünen sollten sich aktiv um Alternativen zum Braunkohleabbau bemühen, wie beispielsweise den Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen.

Unterstützung der betroffenen Bevölkerung: Die Grünen sollten sicherstellen, dass die betroffene Bevölkerung, die durch den Braunkohleabbau negativ beeinträchtigt wird, angemessen unterstützt wird.

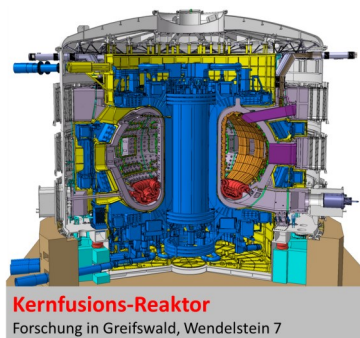
Berücksichtigung der Umweltfolgen: Die Grünen sollten sicherstellen, dass die Auswirkungen des Braunkohleabbaus auf die Umwelt sorgfältig untersucht und berücksichtigt werden, und dass angemessene Maßnahmen er-

griffen werden, um die Umweltauswirkungen zu minimieren.

Berücksichtigung der Klimaziele: Die Grünen sollten sicherstellen, dass ihre Entscheidungen und Pläne im Einklang mit den Klimazielen stehen und dass sie ihre Anstrengungen zur Verringerung von Treibhausgasemissionen verstärken.

Wahlen und ihre Vorbereitung

Warten auf Innovationen!



Kernfusions-Reaktor
Forschung in Greifswald, Wendelstein 7

„Wir setzen auf Innovationen!“ - Immer wieder hört man diese Worte von der CDU / CSU aber auch von der FDP. Es soll sich so anhören wie „Wir sind ganz modern! Wir verstehen was von Forschung und Wirtschaft! Wir machen keine grüne Verbotspolitik!“

Das rasche Handeln, der Umstieg auf Erneuerbare Energien wird ausgebremst und mit dem Hinweis auf künftige „Innovationen“ begründet. Dass damit letztlich wieder Atomenergie gemeint ist, wird nicht gesagt aber in der Praxis werden Forschungsgelder in diese Richtung gelenkt. Um die Diskussion zu dieser Technik kommen auch Grüne Abgeordnete im Bundestag nicht herum.

Der Effekt davon kann die Verwirrung der Menschen sein, die gerne glauben, wir könnten „weiter so“ machen und bräuchten jetzt keine Energie-, Verkehrs- und Agrarwende! (AM)

Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024

Hallo zusammen und herzliche Einladung!

Die Ortsverbände Bad Liebenzell / Unteres Nagoldtal und Wildbad / Teinachtal haben schon Teams für die Kommunalwahl gestartet.

Der Kreisverband plant **eine Arbeitsgruppe**, die zum Ziel hat, im Hinblick auf die Kommunalwahl 2024 eine "Handreichung" für die Kandidatengewinnung und Listenaufstellung aller Ortsverbände zu erarbeiten. Themen werden sein die Anforderungen an die Listenaufstellung, die Erwartungen an die Kandidaten, aber auch unseren Beitrag für eine gute Zusammenarbeit über den Wahltag hinaus.

Die verschiedenen Wahlverfahren und die Unterstützung durch den KV bei der Wahl sind sicher dabei auch ein Thema. (SB)

Ein erster Termin ist schon organisiert:

Montag, 6. Februar 19 Uhr online

über folgenden Link: Austausch "Arbeitsgruppe Kommunalwahl 2024" 06.02.2023, 19:00–22:00 Uhr

<https://meet.goto.com/508757653>



Wir laden ein:

Gemeinde- und Kreisrätinnen aus den Kreisverbänden Calw und Freudenstadt, sowie Kandidierende für die Wahlen 2024.

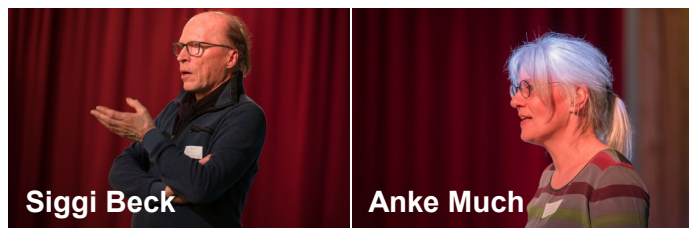
Wer möchte, kann auch befreundete Räte einer anderen Partei zum Seminar anmelden.

Ort: Hoffnungshäuser in Calw-Wimberg, Rotbuchenstraße

Termin: Samstag, 4.2.23 - Zutritt ab 9:00 h, Beginn: 9:30 h

Anmeldung: Bitte rechtzeitig per E-Mail

Arbeitskreis Energie - Kreisverband Calw



Sigi Beck

Anke Much

V.s.d.P: Anke Much
Bündnis 90 / Die Grünen Kreisverband Calw
www.gruene-kreis-calw.de
kreisgeschaefsstelle@gruene-kreis-calw.de
07054 / 37 30 358

